

auch keine Gegner der Demokratie, sondern Anhänger einer falschen Vorstellung von Demokratie.

Es ist klar, daß man solche Menschen gewinnen kann und muß. Sie ein für allemal als Gegner zu betrachten und zu behandeln, würde den Verzicht auf die Gewinnung neuer Menschen, auf die Gewinnung von Verbündeten in den verschiedenen Phasen unseres Kampfes, würde den Tod unserer Massenarbeit überhaupt bedeuten. Das würde unsere Partei buchstäblich zur Sekte statt zur Führerin der Massen machen.

Wenn solche Meinungen überhaupt noch Beifall finden, dann vor allem deshalb, weil sie meist im Gewände aufrichtigen proletarischen Klassenbewußtseins einherschreiten und mit revolutionär klingenden Phrasen verbrämt sind. Der Genosse Obst aus L e c k w i t z (Sachs.) zum Beispiel, der an Stelle unseres Parteiabzeichens gern noch alte KPD- und RFB-Abzeichen trägt, pflegt seine Ablehnung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland damit zu begründen: er setze sich nicht mit ehemaligen Nazis und Offizieren an einen Tisch. Und der Genosse Keil, Bürgermeister von Crellenheim (Sachs.), der sich nicht einmal mit den Vertretern der anderen Blockparteien an einen Tisch setzen will, begründet diese Abneigung gegen die Politik unserer Partei — mit dem „Vorgehen der KPdSU (B) in der Oktoberrevolution gegen die kapitalistischen Elemente“! Auf diese Weise können solche Sektierer manchmal sogar den Beifall von Genossen finden, die ehrlich parteiergeben, klassenbewußt und der Sowjetunion zugetan sind, die jedoch nicht genügend ideologisch klar sind, um die Phrasendresdier zu durchschauen.

In Wirklichkeit kann jedoch niemand klassenbewußter als die Partei oder sozialistischer als der wissenschaftliche Sozialismus oder revolutionärer als der Marxismus-Leninismus sein. Wer das zu sein vorgibt, ist das genaue Gegenteil davon. Die Klasseninteressen des Proletariats werden von der Partei des Marxismus-Leninismus vertreten. Ihre Politik wird von diesen Interessen bestimmt, ihre Linie unter lebendiger Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus festgelegt. Wer sich in entscheidenden Fragen im offenen Widerspruch zu dieser Linie befindet, kann sich weder auf den Marxismus-Leninismus noch auf proletarisches Klassenbewußtsein berufen.

Nationale Front des demokratischen Deutschland und proletarischer Klassenkampf

Die Linie der Partei aber stellt nicht zufällig die Aufgabe, die Nationale Front des demokratischen Deutschland mit allen Kräften zu unterstützen. Der USA-Imperialismus mit seinen Handlangern ist in der gegenwärtigen Periode der Hauptfeind der Arbeiterklasse im nationalen Maßstab ebenso wie im internationalen. Gegen ihn richtet sich infolgedessen der Hauptstoß des Klassenkampfes. Die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der proletarische Klassenkampf sind also keine Widersprüche, sondern das eine ergibt sich notwendig aus dem anderen,

„Unser nationaler Kampf widerspricht also in keiner Weise dem proletarischen Internationalismus oder dem Klassenkampf. Im Gegenteil, er ist die entscheidende konkrete Form, in der sich heute der proletarische Klassenkampf entwickelt.“*

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß der Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nur proletarischer Klassenkampf sei. Die Kolonialpolitik, die der westliche Imperialismus dem größten Teile Deutschlands gegenüber brutal und mit immer neuen Verschärfungen anwendet, widerspricht den Interessen weitester Kreise des deutschen Volkes, auch nichtproletarischer, selbst bürgerlicher. Sogar ein großer Teil der deutschen Bourgeoisie befindet sich in einem unlösbaren ökonomischen und politischen Widerspruch zur USA-Bourgeoisie, der sie veranlassen kann, in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mitzuarbeiten, die auch ihre

nationalen Interessen wahrnimmt. Daraus ergibt sich die Spannweite der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die über alle Deutschen reicht, die für die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und folgenden Abzug der Besatzungstruppen eintreten.

Wer zusätzlich — und im offenen Widerspruch zu den Beschlüssen der Partei — fordert, daß die Teilnehmer am Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „aufrichtige Antifaschisten“ und „richtige Demokraten“ sein müssen, engt die Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wesentlich ein, nimmt der nationalen Befreiungsbewegung gegen den USA-Imperialismus ihren umfassenden Massencharakter und beraubt die Partei in einer entscheidenden Phase ihres Kampfes notwendiger und objektiv vorhandener Verbündeter.

Friedensbewegung — noch größere Spannweite

Noch viel mehr gilt das alles für die Friedensbewegung. An der Erhaltung des Friedens ist mit wenigen Ausnahmen fast jeder Mensch unmittelbar interessiert. Deshalb ist die Plattform der Friedensbewegung — deren organisatorische Form die Friedenskomitees sind — noch breiter.

Die Voraussetzung für die Zusammenarbeit zur Verteidigung des Friedens, die wir stellen, ist lediglich: Friedensliebe, Ablehnung der Atomwaffe, Zustimmung zu einem wirksamen Verbot der Atomwaffe, Verurteilung der Macht, die sie als erste benutzt, als Kriegsverbrecher.

Der Satz von dem „Nicht-an-einen-Tisch-Setzen“ enthüllt sich als Phrase. Entscheidend ist ja nicht, daß man sich mit Klassenfremden und sogar Klassengegnern an einen Tisch setzt, sondern **warum und mit welchem Ergebnis**. Gerade eine Partei, die einen völlig klaren, konsequent marxistischen Kurs steuert, ist in der Lage, in der Frage der Zusammenarbeit je nach dem Zweck der Zusammenarbeit elastisch zu sein, weil sie sicher sein kann, daß sie sich dabei nie im Gestrüpp von Kompromissen verliert und die Ziele ihrer Politik aus den Augen verliert. Es ist mindestens mangelndes Vertrauen in die Linie der Partei und Unkenntnis von der Stärke und Wahrheit des Marxismus-Leninismus, wenn Genossen glauben, den Sozialismus oder den proletarischen Klassenkampf gegen die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und des Kampfes um den Frieden verteidigen zu müssen, wie zum Beispiel einige Genossen in Halberstadt, die besorgt festgestellt sehen wollten, daß „der Kampf um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats wichtiger als der Kampf um die Nationale Front des demokratischen Deutschland“ sei.

Die Gefahr des Liquidatorentums

Vor der zweiten Abweichung, die in der Frage der Erhaltung des Friedens auf den Delegiertenkonferenzen zutage trat, warnt ebenfalls der Beschluß des Parteivorstandes vom 4. Oktober 1949. Dort heißt es darüber:

„Die zweite Gefahr innerhalb der Partei ist die Gefahr des Abgleitens zum Chauvinismus, des Vergessens der internationalen Aufgaben und Pflichten der deutschen Arbeiterklasse, der nationalen Überheblichkeit, des Zurückweichens vor der sowjetfeindlichen Hetze, des Versuches, die Partei in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aufgehen zu lassen und damit auf die Position der verräterischen Tito-Clique herabzusinken. Diese Gefahr kommt auch in der Tätigkeit jener liquidatorischen und parteifeindlichen Elemente zum Ausdruck, die den Kampf um die Verwandlung der SED zu einer Partei neuen Typus abschwächen und die Disziplin innerhalb der Partei lockern wollen.“

Die Vertreter dieser Richtung wollen den Kampf um Frieden und nationale Einheit, der zugleich ein Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes ist, zum Anlaß nehmen, um gleich den ganzen Klassenkampf, ja sogar die Partei oder wichtige Teile von ihr zu liquidieren. In K a m e n z zum Beispiel gab es Meinungen, die etwa folgendes be-

*) Fred Oelßner in „Neuer Weg“ Nr. 8/1949, Seite 1/2.